

SCHNELL HANDELN: ENERGIEPREISE SENKEN, BÜRGER ENTLASTEN

BESCHLUSS DES MIT-PRÄSIDIUMS, 14. MÄRZ 2022

Die Energiepreise sind für Bürger und Betriebe in den letzten Monaten dramatisch gestiegen. Neben den für jeden offensichtlichen Preissprüngen bei Kraftstoffen zeigt sich die Entwicklung der Energiepreise auch bei Gas, Heizöl und Strom. Diese Preissteigerungen bei Energie treffen alle, insbesondere die Leistungsträger unserer Gesellschaft, nämlich unsere Familien, mittelständischen Betriebe und ihre Mitarbeiter. Die ersten Betriebe stellen ihre Arbeit bzw. Produktion ein. Manche sehen sich von Insolvenz bedroht, sofern nicht die Notbremse gezogen wird. Die Bundesregierung muss deshalb sofort reagieren, um wirtschaftlichen Verwerfungen entgegenzuwirken und damit auch den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft zu sichern.

Die MIT fordert:

- die sofortige Absenkung der Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent.
- die sofortige Absenkung der Energiesteuer für Erdgas (0,55 ct/kWh) und Heizöl (0,62 ct/kWh) auf den von der EU vorgeschriebenen Mindeststeuersatz.
- die Abschaffung der EEG-Umlage für alle Stromkunden rückwirkend zum 1. Januar 2022.
- die Absenkung der Stromsteuer von derzeit 20,5 EUR/MWh auf den von der EU vorgeschriebenen Mindeststeuersatz von 1 EUR/MWh bei nichtgewerblicher Nutzung und 0,5 EUR/MWh bei gewerblicher Nutzung.
- die Aussetzung der CO₂-Bepreisung bis sich die Energiepreise normalisiert haben.
- die Verlängerung der Stromsteuer-Erstattung für die energieintensive Industrie nach §§ 10 StromStG, 55 EnergieStG (sog. Spitzenausgleich).
- die Einführung eines Industriestrompreises und weitere Maßnahmen zur Sicherung einer wettbewerbsfähigen Energieversorgung von produzierenden Unternehmen.